



Quelle: Leipziger Volkszeitung 27. Juli 2010
Informationen unter: www.geburtshaus-am-marienplatz.de

Geburtshilfe zum Nulltarif

Gestiegener Versicherungsbeitrag bringt selbstständige Hebammen in Bedrängnis



Liebevolle Geburtsbegleiterin: Kristin Rammel mit Emilia und Till im Geburtshaus am Marienplatz. Foto: Stefanie Büssing

Leipzig. Mehr als 1000 Babys hat Kristin Rammel schon auf die Welt gebracht. Für die selbstständige Hebamme ist die Geburt der Höhepunkt ihres Berufsalltages. Doch damit könnte es bald Schluss sein. Seit dem 1. Juli ist der Haftpflichtversicherungsbeitrag für selbstständige Hebammen auf 3689 Euro gestiegen. Immer mehr Hebammen müssen sich daher aus der Geburtshilfe zurückziehen und sehen ihre Existenz bedroht. Heute protestieren sie unter anderem in Dresden.

Von STEFANIE BÜSSING

Seit sechs Jahren leitet Kristin Rammel mit einer Kollegin das Geburtshaus am Marienplatz in Leipzig. Dorthin kommen Frauen, die ihr Kind nicht in einer Klinik, sondern Zuhause oder im Geburtshaus zur Welt bringen wollen. „Die Frauen wollen selbst die Verantwortung für die Geburt übernehmen, und sie nicht an das Klinikpersonal abgeben“, sagt Rammel. Zusammen mit drei weiteren selbstständigen Hebammen begleitet sie die Schwangeren. „Das umfasst die medizinischen Vor- und Nachsorgeuntersuchungen, Geburtsvorbereitungskurse und Rückbildungsgymnastik sowie die Wochenbettbetreuung“, sagt die 38-Jährige.

Die 38-jährige ausgebildete Hebamme arbeitet seit 12 Jahren freiberuflich in der Hausgeburtshilfe. Rund 25 Babys bringt sie im Jahr auf die Welt. Für eine Geburt im Geburtshaus bekommt sie 467 Euro, 548 Euro für eine Hausgeburt. Dazu kommen 27 Euro für einen Besuch am Wochenbett. Weil sich in den vergangenen zwei Jahren die Versicherungsbeiträge von 1200 Euro auf 3689 Euro verdreifacht haben, fließt das Geld, das die Hebammen für die Geburten bekommen, nun fast ausschließlich in die Haftpflichtversicherung. „Durch die erhöhten Beiträge, machen wir die Geburtshilfe jetzt mehr oder weniger umsonst“, sagt Rammel.

Die Folge sei, dass sich immer mehr Hebammen aus der Geburtshilfe zurückzögen und nur noch Vorbereitungskurse und Geburtsnachsorge anböten, weil die Beiträge dafür wesentlich geringer ausfielen. „Schon jetzt arbeiten von bundesweit rund 4500 selbstständigen Hebammen nur 23 Prozent in der Geburtshilfe“, weiß Grit Kretschmar-Zimmer, Vorsitzende des sächsischen Hebammenverbands. Sie rechnet damit, dass sich nach der Beitragserhöhung weitere zehn bis zwanzig Prozent aus der Geburtshilfe zurückziehen. „Einige Hebammen wird das ihre Existenz kos-

ten“, sagt sie. Das hat zur Folge, dass die wenigen, in Krankenhäusern angestellten Hebammen die Geburtsbegleitung übernehmen müssen. „Die werden das alleine nicht mehr stemmen können“, ist sich Kretschmar-Zimmer sicher. „Diese Frauen arbeiten schon an ihrem Limit.“ Auch die Geburtshäuser sind massiv bedroht: „Wenn sich nichts ändert, werden spätestens im Januar die ersten Häuser schließen“, sagt Kretschmar-Zimmer. „Die Leidtragenden sind nicht nur die Hebammen, sondern auch die schwangeren Frauen, weil sie sich nicht mehr aussuchen können, wo sie ihr Kind bekommen“, so Kretschmar-Zimmer.

Die Gründe für die höheren Beiträge sind nach Aussage von Christian Lübke vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) die gestiegenen Kosten für Personenschäden – also körperliche Spätfolgen, die durch Fehler der Hebamme bei der Geburt entstehen. „Die Kosten für schwere Geburtsschäden sind in den vergangenen zehn Jahren jährlich um 14 Prozent angestiegen“, sagt er. Das heiße jedoch nicht, dass die Hebammen mehr Fehler machten als in den Jahren zuvor. „Die Hebammen leisten sehr gute Arbeit“, sagt Lübke, „aber wenn ein Fehler passiert, dann wird mehr gezahlt als früher.“ Dieser Anstieg lasse sich auf gestiegene Pflegekosten zurückführen, die immer langwieriger und teurer würden. Hinzu kämen höhere Schmerzensgeldzahlungen. „Die Klagebereitschaft unter den Eltern hat zugenommen“, sagt Lübke. Diese Kosten ließen sich Pflege- und Krankenversicherung immer häufiger von den Haftpflichtversicherungen ersetzen. Die Folge: Die Kosten würden durch erhöhte Beiträge an die Hebammen weitergegeben.

Grit Kretschmar-Zimmer: Die Leidtragenden sind nicht nur die Hebammen, sondern auch die schwangeren Frauen, weil sie sich nicht mehr aussuchen können, wo sie ihr Kind bekommen.

Bei einer Online-Petition im Juni hatten die Mitglieder des Bundesverbandes der Hebammen über 180 000 Stimmen gesammelt. Das Ziel: Bessere Entlohnung durch die Krankenkassen und eine Absenkung der Haftpflichtversicherungsbeiträge. Ab dem 1. Juli 2010 gibt es nun 11 Euro mehr pro Hausgeburt und 48 Cent pro Wochenbett. „Das Ergebnis ist wie ein Schlag ins Gesicht“, sagt Kretschmar-Zimmer. Viele ihrer Kolleginnen seien enttäuscht und hätten den Glauben an die Politik verloren. Von Mahnwachen, die ab heute in 16 Bundesländern geplant sind, erhofft sich Kretschmar-Zimmer, Bundesregierung und Bevölkerung zu sensibilisieren. „Hier geht es ums Überleben. Wenn nichts passiert, stirbt ein kompletter Berufsweig aus.“